

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Vohagen-Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:  
die sechsgespaltene Kolonetzelle 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.  
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

## Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909.

### Die anderen Organisationen.

Die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften verzeichnen für 1909 einen Mitgliederbestand von 108 028 gegenüber 105 833 im Jahre 1908, somit einen Zuwachs von 2295. Die Mitgliederzahl der meisten Gewerkschaften ist so gering, daß kaum mit diesen Organisationen gerechnet werden kann. Welche Bedeutung kann man einer Organisation der Bauarbeiter mit 830, oder der Bergarbeiter mit 2405, oder der Textilarbeiter mit 7036 Mitgliedern beilegen. Nur wenige Gewerkschaften haben eine nennenswerte Anzahl Mitglieder. Die Schwäche der Organisation soll nun, ebenso wie im Vorjahre, durch eine möglichst hohe Einnahme und Ausgabe verdeckt werden. Schon im Jahre 1908 wurden ganz unzulässigerweise die Einnahmen und Ausgaben der selbständigen Krankenkassen der Gewerkschaften zugerechnet. Als wir dies in unserem Jahresbericht eine absichtliche Irreführung nannten, protestierte der „Gewerkschaftenrat“ und behauptete, es sei das Recht der Gewerkschaften, solche Verrechnung zu machen, da auch in den anderen Gewerkschaftsgruppen die Krankenkassen eingerechnet wird. Entweder ist der Zentralrat der Gewerkschaften über die Einrichtungen der Gewerkschaften nicht unterrichtet, oder er hat die Absicht, die Mitglieder und die Öffentlichkeit zu täuschen. In den Gewerkschaften ist die Krankenkassenunterstützung in gleicher Weise wie Arbeitslosen-, Reise- und Gemäßregelunterstützung eine Einrichtung der Organisation. Besondere Beiträge werden für diesen Unterstützungsweig nicht erhoben, ein Rechtsanspruch der Mitglieder auf diese Leistung besteht nicht. Die Krankenkassen der Gewerkschaften sind eingeschriebene Hilfskassen, mithin völlig selbständige Organisationen. Die Statuten lassen darüber gar keinen Zweifel. Sie tragen die Bestätigung durch die Polizeibehörde, daß die Kassen als eingeschriebene Hilfskassen zugelassen werden. Diese Kassen werden auch in der alljährlich von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen Uebersicht über die Krankenversicherung geführt. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um Zuschußkassen, sondern auch um zwei dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügende Kassen, die des Gewerkschaftsverbandes der graphischen Verufe und die der deutschen Kaufleute. Für 1908 werden in der Statistik der Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften bei dem Gewerkschaftenrat der graphischen Verufe die baren Ausgaben an Krankengeld und an Sterbegeld in gleicher Höhe angegeben wie in der Statistik über die Krankenversicherung in Berlin. Bei dem Gewerkschaftenrat deutscher Kaufleute gibt die Statistik der Gewerkschaften für Unterstützung bei Krankheitsfällen 178 013 M., während die Krankenversicherungstatistik nur 75 476 M. verzeichnet. Die erstere Summe kommt aber heraus, wenn zu letzterer hinzugerechnet werden: ärztliche Behandlung 54 592 M., Arznei und sonstige Heilmittel 41 336 M., Krankengelder an Angehörige 339 M. und Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 6289 M. Alle diese Ausgaben rechnet nun die Zentralstelle der Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften als solche des Gewerkschaftsverbandes deutscher Kaufleute. Auch die Vermögensbestände dieser Kassen werden den Gewerkschaften zugerechnet. Und nicht nur wird diese falsche Berichterstattung in dem Organ der Gewerkschaften geübt, sondern auch dem reichsstatistischen Amt wurden bewußtweise diese falschen Zahlen übermittelt. Dem Amt ist gleichfalls bekannt, daß bei dieser Berichterstattung absichtliche Irreführung vorliegt. Es hilft sich hierüber im Statistischen Jahrbuch mit der Anmerkung hinweg: „Einnahmen aller Kassen, auch der Kranken- und Begräbniskassen. Letztere beiden Kassenarten sind Einrichtungen nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes. Dies ist auch bei Beurteilung der betreffenden Ausgabenposten zu berücksichtigen.“

Bei der Gesamteinnahme und Ausgabe der Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften ist die richtige Summe infolge des Zusammenwerfens mit den Kranken- und Begräbniskassen nicht festzustellen. Angegeben sind zusammen als Einnahmen 2 806 220 M., als Ausgabe 2 346 830 M. Der Vermögensbestand der Gewerkschaftshauptkassen war Ende 1909 1 677 464 M., und der der Lokal-kassen 1 864 398 M.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist endlich dazu gekommen, die dem Verbande nicht angeschlossenen Organisationen als christliche Gewerkschaften nicht zu zählen. Als wir vor 7 Jahren darauf hinwiesen, daß die Zuzählung solcher abseits stehender Organisationen zu den christlichen Gewerkschaften unzulässig sei, wurde uns arg heimgeleuchtet und höhrend schrieb das Zentralblatt der Christlichen: „Unsere „Freunde“ werden aber weiter „beweisen“, daß diese Verbände mit den christlichen Gewerkschaften nichts gemein haben wollen.“ Wie auf manchen anderen Gebieten, hat sich auch auf diesem bei den Christlichen eine anerkanntswerte Wandlung vollzogen. Mit diesem Entwicklungsgang können wir durchaus zufrieden sein. Er vollzieht sich vollständig so, wie wir es voraussetzten, als die christlichen Gewerkschaften auf dem Plan erschienen. Auch jener angebliche Terrorismus, der den gewerkschaftlichen Zentralverbänden von den Christlichen zum Vorwurf gemacht wurde, durch alle geeigneten Mittel abseits stehende Organisationen zu der Gesamtorganisation heranzuziehen, hat bei den Christlichen praktische Betätigung gefunden. Der Verband der Eisenbahnhandwerker und der Verband der württembergischen Eisenbahner sind nunmehr nicht nur „unchristlich“ geworden, sondern es sind auch Gegenorganisationen gegründet, die der Gesamtverband aufgenommen hat. Es werden nunmehr für die Zukunft, wie es schon längst hätte geschehen sollen, nur die dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen als

christliche Gewerkschaften gezählt werden, wodurch sich die Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung wesentlich erleichtert. Der Gesamtverband kann über eine Mitgliederzunahme von 6232 berichten. Er hatte 1908 im Jahresdurchschnitt 264 519 und 1909 270 751 Mitglieder. Im Jahresluß 1909 waren 280 061 Mitglieder vorhanden, darunter 1861 Mitglieder des neugegründeten Verbandes württembergischer Eisenbahner. Weibliche Mitglieder sind 20 182 angegeben.

Von den Organisationen, die uns besonders interessieren, hatten als Mitglieder im Jahresdurchschnitt 1909 angegeben: Der Hilfs- und Transportarbeiterverband 14 498, der Nahrungsmittelindustrieverband 1212. Die gesamten christlichen Verbände hatten 1909 eine Jahreseinnahme von 4 612 920 M., eine Ausgabe von 3 843 504 M. und einen Kassenbestand von 5 365 333 M. Für Streik- und Gemäßregelunterstützung wurden 489 023 M., für Agitation 448 218 M., das Verbandsorgan 104 050 M., Reisende und Arbeitslose 193 536 M., Strafe 647 723 M., Rechtschutz 146 497 M. und an Sterbegeld 197 089 M. verausgabt.

### Vergleiche.

Die gewerkschaftliche Bewegung insgesamt weist gegenüber dem Vorjahre einen kleinen Fortschritt auf. Die Zentralverbände hatten 1 832 667 (1908: 1 831 731), die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften 108 028 (105 833), die christlichen Gewerkschaften 270 751 (264 519), die unabhängigen Vereine 236 132 (203 485), zusammen 2 447 578 (2 405 368) Mitglieder, somit einen Mitgliederzuwachs von 42 210, dessen größter Anteil auf die Organisationen entfällt, welche die geringste gewerkschaftliche Bedeutung haben. Im Jahre 1900 hatten die Zentralverbände 680 427, die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften 91 661, die christlichen Gewerkschaften (Gesamtverband) 78 664, die unabhängigen Vereine (einschließlich Lokalvereine und unabhängige christliche Gewerkschaften) 144 683, zusammen 995 435 Mitglieder. In den letzten zehn Jahren haben somit diese gewerkschaftlichen Vereinigungen einen Mitgliederzuwachs von 1 452 143 zu verzeichnen, wovon auf die Zentralverbände 1 152 240 und auf die anderen drei Organisationsgruppen 299 903 Mitglieder entfallen. Die Jahreseinnahmen der vier Gruppen betragen 1909 59 617 413 M. (Zentralverbände 50 529 114 M.), die Ausgaben 53 898 787 M. (46 264 031 M.), die Kassenbestände 52 400 660 M. (43 480 932 M.).

Wie die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften in der Gesamtleistung hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, so stehen sie auch in den Einzellösungen weit hinter diesen zurück. Es ist nicht überflüssig, hierauf immer wieder aufmerksam zu machen, denn beide Organisationsgruppen wollten den Kampfscharakter der Zentralverbände nicht haben, sich vielmehr friedlicher Arbeit im Dienste ihrer Mitglieder widmen. Besonders hoben die Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften stets ihre Leistungen auf dem Gebiete des Unterstützungswezens gegenüber den Zentralverbänden hervor. Als ihnen dann während einiger Jahre nachgewiesen wurde, daß sie auch hier hinter den Gewerkschaften weit zurückstehen, kamen sie auf die unglückliche Idee, die Ausgaben der eingeschriebenen Hilfskassen als Leistungen der Gewerkschaften zu verrechnen. Sie können aber nicht verlangen, daß mir eine solche Verrechnungsmethode mitmachen. Infolgedessen sind bei den Berechnungen die Ausgaben der Krankenkassen der Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften nicht mitgerechnet. Die christlichen Gewerkschaften haben sich mit den Kassen abgefunden und nicht, wie im Bericht für 1908, in dem sie sagten, es „müssen mit dieser bloßen mammonistischen Agitation gerabegut die idealen Triebkräfte in der Gewerkschaftsbewegung erstickt werden“, versucht, die Unterstützungsleistungen und die Leistungen der Zentralverbände herabzusetzen.

Der Vergleich der Leistungen der Zentralverbände, Hirsch-Dunderföhen Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 ergibt das gleiche Resultat wie in den Vorjahren. Es zählten für:

	Organisationen	Mitgliederzahl	M.	pro Kopf M.
<b>Rechtschutz und Unterstützungen insgesamt:</b>				
Zentralverbände	57	1 832 667	21 114 446	11,52
H.-D. Gewerkschaften	22	108 028	438 172	4,06
Christl. Gewerkschaften	21	270 751	1 214 450	4,49
<b>Streiks, Aussperrungen und Gemäßregelte:</b>				
Zentralverbände	57	1 832 667	7 979 115	4,35
H.-D. Gewerkschaften	22	108 028	148 228	1,37
Christl. Gewerkschaften	21	270 751	489 023	1,80
<b>Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:</b>				
Zentralverbände	56	1 823 668	9 719 757	5,33
H.-D. Gewerkschaften	15	101 572	357 321	3,52
Christl. Gewerkschaften	18	185 844	195 536	1,05
<b>Arbeitslosenunterstützung:</b>				
Zentralverbände	42	1 438 984	8 593 938	5,97
H.-D. Gewerkschaften	15	101 572	341 009	3,36
Christl. Gewerkschaften	18	185 844	195 536	1,05

Wir haben alle Ursache, der Arbeiterschaft durch solche Feststellungen immer wieder zu zeigen, daß sie in den Zentralverbänden ihre Interessen nicht nur im Lohnkampf, sondern auch auf allen anderen Gebieten am besten und sichersten gewahrt finden. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese Verbände nicht des weiteren Ausbaues bedürfen. Der Fortschritt der Konzentration der Unternehmungsorganisationen, und die Aussperrungsstatistik der Unternehmungsorganisationen wird die Gewerkschaften zwingen, ihre Rüstung für den Lohnkampf immer noch weiter zu steigern.

## „Zu hohe Beiträge“.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung hat an Umfang und Stärke derartig zugenommen, daß dies jeden Freund der Gewerkschaften nur mit heller Freude erfüllen kann. Die Gewerkschaften bilden heute eine Macht, an der selbst ihre Gegner nicht mehr geringschätzig vorüberstreifen dürfen. Selbst der Staat zieht sie in den Kreis seiner Betrachtungen und Berechnungen und ist bei der Aufnahme von Arbeiterstatistiken auf ihre wertvolle und sachkundige Mithilfe angewiesen. Und die Unternehmer rechnen gleichfalls in recht ernsthafter Weise mit den Gewerkschaften. Vielfach schon haben sie sich, wenn auch oft nach heißen Kämpfen, gestungen gefügt, Tarifverträge abzuschließen, die den Arbeitern ein besseres Existenzminimum als früher gewährleisteten. Der Unternehmerabsolutismus in den Betrieben ist gestürzt. Die Arbeiterschaft hat bei der Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubewerten und mitzubestimmen. Und wo das noch nicht der Fall ist, da wird es noch eintreten. Früher oder später. Und zwar kraft der wachsenden Stärke und des damit verbundenen Einflusses der Gewerkschaften.

Frägt man nun, was die Gewerkschaften so stark gemacht hat, so ist die Antwort darauf: die allgemeine Entwidlungstendenz und die fortschreitende Aufklärung der Arbeitermassen. Jene geheime Urtkraft, die fast allen Lebewesen innewohnt und Gemeinheitsgefühl genannt wird, hat sich auch endlich der bisher in dieser Beziehung von den besitzenden Klassen künstlich zurückgehaltenen Proletariatsmassen bemächtigt und zur Organisation zusammengezwängt. Und es war ein Leichtes, den Arbeitern zu lehren, wozu sie diese Organisation gebrauchen sollen: Zur Verstärkung ihrer Macht und ihres Einflusses und damit zu der Kraft, dem Unternehmertum eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung abzuverlangen und abzurufen. Und das ist bisher geschehen, soweit es die Konjunktur, die vorhandene Organisation der Arbeiter und deren Mittel zuließen.

Deren Mittel! Man vergesse nicht, auf dieses Wort eine ganz besondere Betonung zu legen. Bei der heutigen kapitalistischen Staatsstruktur ist jede Organisation, die es nicht versteht oder unterläßt, bei Verfolg ihrer Ziele auch die hierzu benötigten Mittel aufzubringen, ein fast und krafftloses Gebilde. Erst die vorhandenen Mittel bilden neben allen anderen notwendigen Voraussetzungen die letzte und mächtige Ergänzung des Machtandrucks der Organisation.

Die Mittel zur Durchführung ihrer Ziele erwirbt sich die Gewerkschaftsorganisation durch die obligatorische Erhebung bestimmter Beiträge, die jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied nach den statutarischen Satzungen seines Verbandes diesem zuführen muß. Die auf diese Weise gesammelten Gelder bilden den Kassenfonds der Gewerkschaft. Aus diesen Mitteln werden die Verwaltungskosten des Organisationskörpers gedeckt und in besonderer Weise befindliche Mitglieder sachgemäß unterstützt, wird die Agitation betrieben und last not least bei der Verbesserung ihrer Lebenslage oder in der Abwehr gegen Unternehmerangriff im Streik stehenden Mitgliedern der Lebensunterhalt gewährt.

So notwendig nun auch eine gute Verwaltung, so wichtig die Agitation zur Gewinnung weiterer Mitglieder und so zurechtensprechend es auch ist, wenn den Mitgliedern in besonderer Notlage beigeprungen wird — im Vordergrund einer jeden echten Gewerkschaftsorganisation steht der Kampf für die Verbesserung und Hochhaltung der Lebenslage der Mitglieder und damit ist auch die Notwendigkeit gegeben, daß für den notwendigen Kampf auch die hierzu notwendigen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Es erhellt aus diesen wenigen Sätzen, daß zu den obersten Grundbedürfnissen einer stets schlagfertigen Gewerkschaft eine gutgefüllte Kassenkasse gehört, die gegebenenfalls allen an sie gestellten Anforderungen gewachsen ist. Das darf kein Gewerkschaftsmitglied verkennen. Idealismus, Opfermut und Ueberzeugungstreue sind ganz gewiß auch sehr notwendige Dinge, jedoch ist mit allen diesen schönen Eigenschaften im Kampfe allein nicht viel auszurichten, wenn sie nicht gefüttert und gestärkt werden durch, daß zur Abwehr des Hungers und der Not ausreichende Vorkehrungen getroffen werden.

Es ist also die Pflicht jeder Gewerkschaft, vor allem auch dahin zu streben, daß sie stets über eine gefüllte Kassenkasse verfügt. Selbstverständlich wird sie eine solche nicht in allen Notlagen schöpfen können. Jede noch so gut fundierte Gewerkschaft kann heute angehts der vorhandenen Unternehmungsorganisationen, deren Bestehen es sehr oft ist, ein lokales Kampffeld zu verbreitern und möglichst viele Mitglieder der Gewerkschaft in den Kampf zu verwickeln, auf diese Weise ausgesperrt werden und muß sich sodann auf die Hilfe und Solidarität der anderen Gewerkschaften stützen. Doch das sind Ausnahmefälle, die besonderer Maßnahmen bedürfen. Im allgemeinen soll aber heute jede Gewerkschaft auf eigenen Füßen stehen und ihre Kämpfe selbständig und ohne andere Hilfe durchziehen.

Diese Politik ist eine gesunde. Sie soll verhindern, daß sich die Mitglieder einer Gewerkschaft zu sehr auf andere verlassen. Sie soll auch dazu führen, daß die Mitglieder sich an die Notwendigkeit entsprechend hoher Beiträge gewöhnen.

Nun hört man recht oft das unternehmerliche Geschwafel von den „hohen“ Gewerkschaftsbeiträgen der Arbeiter. Und alle arbeitserfreundlichen Blätter leitarbeiten von Zeit zu Zeit in allen möglichen Variationen über dieses bei ihnen so beliebte Thema. Der Zweck der Werbung ist klar. Es gilt diesen Arbeiterfeinden, den einzigen Schutzwall der Arbeiter gegen schrankenlose Ausbeutung, ihre Gewerkschaftsorganisation, in Mißkredit zu bringen. Dies Bestreben ist verständlich. Aber unverständlich ist es, wenn auch des öfteren Arbeiter in dieselbe Kerbe einhauen und gleichfalls über die „zu hohen“ Beiträge zu ihrer Gewerkschaft klagen.

Diese Arbeiter haben noch nicht erfasst, daß eine Gewerkschaft, falls sie ihrem ureigentlichen Zweck voll entsprechen soll, auch entsprechend hohe Beiträge von den Mitgliedern erheben muß. Und doch sollte ihnen ein nur oberflächlicher Rückblick auf die allgemeine Entwidlung der Gewerkschaftsorganisationen — und auch der unteren — sagen, daß erst mit der Erhebung höherer Beiträge der Einfluß und damit die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen gewachsen ist. Die meisten Gewerkschaften waren früher zur Zeit der noch lächerlich geringen Beiträge einfach zur

L h a m a c h i v e r d a n n t . Kein größerer Streit ließ sich auf längere Dauer aufrecht erhalten, weil es zumeist auf den hierzu benötigten Mitteln beruhte. Aus letzterem Grunde mußten auch oft die Arbeiter Lohnsätze widerstandslos hinnehmen. Die Sache änderte sich aber, als die Beiträge erhöht wurden. Es konnten jetzt höhere Gehälter und Erträge erzielt werden. Die Mitglieder zahlten Beiträge zu ihrer Organisation, der Bestand wurde stabiler, die Mitgliedszahlen erhöhten sich, der Verband wurde nach innen und außen gestärkt. Und seitdem ist der Gewerkschaftsgedanke immer größerer in der Arbeitermassen gedungen. . .

Es steht also fest, daß hohe Beiträge die Macht der Gewerkschaft fördern. Deshalb ist es aber auch eine Kurzsichtigkeit, wenn manche Arbeiter nun über „zu hohe“ Beiträge räsonnieren. Es ist aber auch eine Kurzsichtigkeit aus anderen Gründen.

Betrachtet man den Gewerkschaftsbeitrag als einzelnen Bestandteil im wöchentlichen Ausgabebudget eines Arbeiters, so bildet er darin einen recht winzigen Posten. Vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen großen Wertzug tagtäglich Staat und Agrarierium auf die Taschen des Proletariats ausüben. Mieten, direkte und indirekte Steuern, Lebens- und Genussmittelpreise verteuern den Arbeiterhaushalt ganz außerordentlich. Was aber ist gegen diese bewußte große Ausbeutung des Proletariats dessen Gewerkschaftsbeitrag! Und nun kommt hinzu, daß der Erlös der großen „gesetzlichen“ Ausbeutung der Arbeiterschaft deren Familien zugute kommt. Der Gewerkschaftsbeitrag hingegen kommt restlos immer wieder denen zugute, die ihn aufgebracht haben, nur daß sich die Gewerkschaftsbeiträge in der Organisation auf einen Punkt konzentrieren und von hier aus dem Gesetz der Solidarität folgend, den Bedürftigen gegeben wird.

Das sind einfache Tatsachen. Und trotzdem trifft man noch so recht oft auf Unmut und Verdrossenheit, weil eben angeblich die Gewerkschaftsbeiträge „zu hoch“ sind. Ach, ihr lieben Freunde, euer Verbandsbeitrag verbleibt euch, wenn auch in anderer Form, und trägt außerdem noch oft hundertfältige Frucht! Aber das, was euch Staat, Agrarier und Industriemagnaten rauben, das geht euch unweidbringlich verloren! Und wie ungeheuer groß sind diese Summen gegenüber euren Verbandsbeiträgen!

Darum lehrt euren Unmut gegen die andere Seite! Kampft die staatlichen „gesetzlichen“ Einrichtungen, die das Volk in unglücklicher Form ausbeuten. Wendet eure volle Front gegen eure industriellen Ausbeuter!

Hier habt ihr ein Feld umfangreichster Betätigung. Zu diesem Kampfe aber braucht ihr eure Organisation. Und der notwendige Beitrag hierzu soll dazu dienen, die Organisation stark zu machen und der unheimlichen Ausbeutung vor allem durch das Unternehmertum entgegenzutreten. Und wenn ihr nicht eure Gewerkschaft nachhältig prüft, was wolltet ihr dann anfangen? Die schamlose Ausbeutung ginge weiter und der einzige Schutzwall, den ihr durch eure Organisation ihr entgegenstellen könnt, wäre macht- und kraftlos. . .

Also klagt nicht über zu hohe Beiträge in der Gewerkschaft. Sie sind nicht zu hoch. Und zahlt sie gern und doppelt gern. Sie bilden das wirksamste Mittel gegen Volksausbeutung und Volksunterdrückung!

### Der internationale Arbeitslosigkeitstongress in Paris.

I.

In Paris tagte vom 19. bis 21. September ein Kongress zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit, oder richtiger zur Wählung dieser Folgen. Es war keine Arbeitertagung, sondern eine Versammlung von Sozialpolitikern und Soziologen aller Parteinrichtungen. Schutz den Opfern der Arbeitslosigkeit! Das war das Programm, das diese bunte Gesellschaft zu gemeinsamer ernster Beratung veranlaßte. Von den deutschen Gewerkschaften waren beteiligt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Arbeitgeberverband, der Verband der Steinarbeiter und die G.-D. Gewerkschaften. Außerdem waren u. a. österreichische, französische, belgische und holländische Gewerkschaften vertreten. Nahezu 20 Regierungen waren offiziell beteiligt und es wurde sehr bemerkt, daß gerade die Deutsche unter diesen fehlte. Uns Deutschen war das keineswegs auffällig — wir wußten, daß die reaktionäre, arbeitereindliche Junker- und Industrieherrnregierung der Frage des Arbeitslosenstandes bisher mit kalter Feindschaft gegenüber gestanden hat.

Während in der ganzen Welt durch die verheerende Wirtschaftskrise der Jahre 1905/1909 die Arbeitslosenfrage in Stirn gebracht wurde, während eine Reihe kommunistischer Arbeiterparteien und andere Hilfsmittel einrichteten, während allein die deutschen freien Gewerkschaften in den verschiedenen mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Unterstützungszweigen mehr als 20 Millionen Mark pro Jahr ausbezählten und das Reich von allen Seiten beizuhelfen wurde, war es endlich seine Pflicht zu erfüllen, da gähnte man oben gelangweilt und deutete abweisend auf die Gemeinden — das seien die hauptverantwortlichen Hilfsorgane. Das war die Arbeitslosenfrage durch das Deutsche Reich.

In England trat noch im Krisenjahr 1909 jenes großartige und darum von den Gewerkschaften lebhaft unterstützte Gesetzwerk über die Arbeitslosen in Kraft, das in allerhöchster Zeit die Arbeitslosenversicherung für verschiedene Industriezweige nach sich ziehen wird. In Deutschland erklärte man: die Zeit zur Hilfeleistung ist jetzt schon verfloßen (und wie wir jetzt überall sehen können, rührt niemand einen Finger für praktische Durchführung eines Arbeitslosengesetzes). Nur in Bayern hat in diesen Tagen die Regierung die größeren Gemeinden aufgefordert, jetzt in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs für die Krise vorzubeugen und auf Grund des Mutterpatris vom Jahre 1909 die Arbeitslosenversicherung in Angriff zu nehmen. Die Anträge zur Arbeitslosenversicherung in Deutschland sind so gering und klein an Zahl, daß ein nachhaltiges energisches Drängen aller interessierten Kreise absolut notwendig ist, wenn bis zur nächsten Krise etwas Menschliches geschaffen werden soll.

Neben den großen Arbeitslosenversicherungseinrichtungen der deutschen Gewerkschaften haben wir auch solche der Unternehmern, die allerdings in verschiedenen Formen sich äußern (Abgangsgeldversicherung, Barlohn und Unterhaltungs); von einigen wird sogar von dem aufzunehmenden Arbeiter die ehrenwürdige Berücksichtigung gefordert, daß er nicht organisiert sei. In Handlungsgewerbe finden wir sogar eine von den Arbeitern und Unternehmern gemeinsam getragene Arbeitslosenversicherung. Offensichtlich allgemeine Arbeitslosenversicherungsanstalten haben wir in Deutschland, wenn man von der unheilbaren „Einzelindustriellen Versicherungslage gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ absieht, nicht. Die bestehenden Anlagen sind in jeder Hinsicht nach dem sogenannten Genfer System (offizielle kommunale Beiträge zu den bestehenden Arbeitslosenanstalten der Gewerkschaften). In jeder deutschen Stadt sind diese Anlagen bereits eingerichtet und in anderen (Schweiz, Dänemark) wird ihre Einführung erzwungen. Von den Bundesstaaten und vom Reich ist noch nichts zu hören. So steht die Arbeitslosenversicherung in Deutschland gesamtlich aus. Alle Länder um uns her bekämpfen das Deutsche Reich.

Daß in Deutschland die sofortige Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung auf die allergrößten Schwierigkeiten stößt, soll nicht geleugnet werden, daß aber von Seite des Reiches wegen und von Seiten der verschiedenen Bundesstaaten bisher gar nichts für die Arbeitslosenfrage getan wurde, das letztendlich deren Weisheit ist.

Es mußte der politischen Justizlage nachgeholfen werden, die nur arbeiten für die notwendigen Einrichtungen zur allgemeinen Arbeitslosenversicherung zu erlangen. Der internationale Arbeitslosigkeitstongress in Paris und die aus ihm hervorgegangene ständige Organisation zur Förderung und Verbesserung der Arbeitslosenversicherung dienen dem Zweck der Arbeitslosenversicherung, dem ähnlichen lokalen Problemen nach dem Vorbild der internationalen Vereinigung für gefährdete Arbeiter.

Schon im Jahre 1906 fand in Mailand eine Versammlung zum Studium dieses Problems statt, und diese hat beschlossen, die drei nicht voneinander zu lösenden Fragen: Statistik, Arbeitsvermittlung und Versicherungsfragen zum Gegenstand besonderer internationaler Versuche zu machen. Diese Versuche, eine reiche, wertvolle Materialsammlung mit vielen schätzenswerten Gedanken, lagen dem Pariser Kongress vor. Der allgemeine Inhalt dieser Berichte bestimmt wieder, daß die Arbeitslosigkeit eine wahrhaft internationale Krankheit ist, die in allen Industrieländern etwa dasselbe Gepräge trägt und deshalb auch durch in Grunde genommen gleichartige Mittel bekämpft und gemildert werden muß. Auch der internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen hat ja für die Arbeiter aller Länder gemeinsame Richtlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen aufgestellt.

Die Statistik der Arbeitslosigkeit ermöglicht in ihrer heutigen Verflechtung und Unvollkommenheit kein genaues Bild. Die bisherigen einmaligen Zählungen der Arbeitslosen sind nur von augenblicklichem Wert — sie ermöglichen einen Einblick in den Umfang der Arbeitslosigkeit und am folgenden Tage sind sie meist schon wieder durch den ewigen Fluß der Erscheinungen des Arbeitsmarktes veraltet. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß das Fehlen jeder Begriffsbestimmung für die Arbeitslosigkeit auch diesen Zählungen nur einen sehr bedingten Wert beimessen läßt. Und ein Kongreßteilnehmer bemerkte sehr treffend, daß diese Erhebungen nicht die Zahl der Arbeitslosen, sondern nur die Zahl derer ermitteln, die sich als arbeitslos bezeichnen. Aus den so gewonnenen Zahlen hat man auf den Umfang der ständigen Arbeitslosigkeit geschätzt. Wie unzuverlässig solche Schätzungen sind, geht daraus hervor, daß für Deutschland die ständige Arbeitslosenziffer mit 300 000 angegeben wird und daß Leon Bourgeois für das nur etwa 40 Millionen Einwohner zählende Frankreich dieselbe Zahl schätzt, wobei er noch betont, daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich nicht besonders groß sei. Die Statistik der Gewerkschaften ist die einzig zuverlässige und gepflegte Quelle, aber sie umfaßt eben nur einen Teil der Arbeiterschaft.

Trotzdem der gegenwärtige Stand der Arbeitslosenstatistik doch ganz unklar und gerissen ist, hoffte der Referent über diesen Punkt, Prof. Westgaard-Danemark, daß dieser komplizierte Zweig der Sozialstatistik rascher auf eine wissenschaftliche Basis gestellt werden könne, wie dies bei der Sterblichkeitsstatistik der Fall war. Die Hauptfrage sei natürlich eine genaue Bestimmung und des Begriffs der Arbeitslosigkeit: Es gilt durch geeignete Fragestellung bei den einmaligen Zählungen ausschließlich die Arbeitslosen festzustellen, die infolge Arbeitsmangel außer Beschäftigung sind. Kranke, Arbeitsunfähige, Streikende, Ausgesperrte und Arbeitslose sind auszuschließen bzw. getrennt zu führen. Als Kontrollmittel sind zu empfehlen: Befragung des Arbeitgebers des heir. Arbeiters, zugleich auch, ob sein Betrieb ruht; nachträgliche Erkundigungen, möglichst durch Labung des Arbeitslosen auf das statistische Amt. Von Bedeutung ist die Erhebung der Ursache und der Dauer der Arbeitslosigkeit, der Kennzeichen des Alters, des Geschlechts und der Familienverhältnisse, ferner des Geburtsortes und eventuell auch der Muttersprache und des Bildungsgrades. Diese Momentaufnahmen bedürfen der Ergänzung durch fortlaufende Erhebungen, namentlich auch zur Ermittlung der periodischen Schwankungen der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer sind zu befragen über die Zahl der beschäftigten Arbeiter je an einem bestimmten Tage des Monats, über die Zahl der Arbeitsstage und Arbeitsstunden im Jahre und zu verschiedenen Jahreszeiten. Unter den Arbeiterorganisationen sind die Gewerkschaften am besten geeignet, wertvolles Material zu liefern.

Diese Vorschläge fanden durch die Diskussion auf der Konferenz wertvolle Ergänzungen und Bereicherungen. Von mehreren Seiten wurde für die Statistik die Verwendung von Ergebnissen periodischer selbständiger Zählungen und fortlaufender Erhebungen als nötig bezeichnet. Die Begriffsbestimmung sowie die Organisation der Zählungen und Statistiken mußte möglichst nach internationalen gleichartigen Grundrissen erfolgen. Die Zählungen sollten nach der Meinung der einen von Haus zu Haus erfolgen, während die anderen den Meldebeweg beim Arbeitsnachweis empfahlen. Dazu sagte Genosse G r e u l i c h - S c h w e i z , daß das wohl, wie die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik beweise, das sicherste Verfahren sei. Allein nur dann wäre es vollkommen, wenn die Arbeiter durch Gewährung von Unterstützung an der Meldung materiell interessiert würden. Ohne diese Unterstützung sei es nicht möglich, alle Arbeitslosen zur Kontroll- oder Meldepflicht zu bringen.

Die Zählungen sollen über das ganze Land, und zwar entweder nach Verufen, oder nach besser nach Industriezweigen veranstaltet werden und möglichst am gleichen Tage stattfinden. Die Arbeitslosigkeit werde aber mit der blauen Färbung der aus dem Produktionsprozess vollständig ausgeschlossenen Arbeiter noch nicht ganz erfüllt, es müsse auch die Dauer der täglichen Arbeitszeit mitnotiert und Vergleiche zwischen den Arbeitslöhnen, Warenpreisen und Produktionsziffern angestellt werden.

Der Grundton der ganzen Diskussion war: Die Statistik muß auf einer für alle Länder gleichen Grundlage, nach einheitlichen Richtlinien organisiert werden. Sie muß durch eine gemeinsame Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit geführt sein. Dazu erst kann je internationale Vergleiche und einen genaueren Einblick in das Leben des Arbeitsmarktes ermöglichen. Nach dieser Richtung hat die ständige Kommission die Gedanken über die Arbeitslosenstatistik zu bereinigen.

### Aus der Reichsversicherungskommission.

VIII.

Die Kommission nahm nach einer kurzen Sommerpause am 20. September ihre Verhandlungen wieder auf. Die Beratung begann mit dem 3. Buch des Entwurfes, das die besonderen Bestimmungen für die Unfallversicherung enthält. Der erste Teil dieses Buches behandelt die Gewerbeunfallversicherung.

Gleich bei der Beratung des ersten Kapitels kam es zu einer eingehenden grundsätzlichen Aussprache über die Unfallversicherung. Als vor 16 Jahren das erste Unfallversicherungsgesetz erlassen wurde, war der Kreis der versicherten Arbeiter sehr eng gezogen. Im Laufe der Jahre wurde dieser Kreis erweitert. Auch in der Vorlage sind einige solcher Gruppen der Arbeiter in die Versicherung hineingezogen worden, die nach dem geltenden Gesetz noch nicht versichert sind. Trotzdem würden aber auch nach dem Entwurfe noch viele Arbeiter in den Kleinbetrieben unversichert bleiben.

Die Sozialdemokraten verlangten grundsätzlich die Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle gegen Lohn beschäftigten Personen. Die bürgerlichen Parteien und auch die Regierung hatten bisher zwar anerkannt, daß es wünschenswert sei, die Versicherungspflicht so weit auszuweiten. Sie hatten sich aber bisher für diesen Schritt nicht entschließen können, weil die gegenwärtige Art der Durchführung der Unfallversicherung den Betriebsunternehmern so viele Lasten auferlege, daß sie kleinen Unternehmern nicht zugemutet werden könnten. Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Kleinbetriebe einfach und ohne Belastung der Kleinunternehmer durchgeführt werden könne. Es sei nur nötig, die Kleinunternehmer zu verpflichten, jeden Unfall, von dem sie oder ihr Personal betroffen werden, sofort der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ihres Bezirkes anzumelden. Letztere hat den Unfall so zu untersuchen, wie es bei allen einschlägigen Unfällen der Fall ist. Die Entscheidung nach dem Grundsatze der Gewerbeunfallversicherung sei einfacher und auszuwählen. Die Kosten, die ihr daraus erwachsen, sind ihr von dem Reich oder dem Staate zu erheben, und dieser kann zur Überbrückung der Kosten entweder eine besondere Abgabe von den reicheren Steuerpflichtigen erheben, oder einen Zuschlag zu der Einkommensteuer machen. Hier hätten die bürgerlichen Parteien die beste Gelegenheit, ihre Arbeiter- und Mittelstandsfreundlichkeit zu bekunden. Aber auch hier, wie stets bei denartigen Gelegenheiten,

finden die sozialdemokratischen Anregungen keinen Anklang. Alle Anträge, den Kreis der versicherten Personen zu erweitern, wurden niedergestimmt. Einzige und allein die Betriebe der Innenschifferei wurden neu der Unfallversicherung unterstellt.

Unter den versicherungspflichtigen Betrieben sind auch die Fabriken angeführt. Nach der Vorlage sollen als Fabriken vier Gruppen von Betrieben gelten: 1. Solche Betriebe, die gewerbsmäßig Gegenstände bearbeiten oder verarbeiten und hierzu mindestens 10 Arbeiter regelmäßig beschäftigen. 2. Betriebe, die gewerbsmäßig Brennstoffe oder explosivierende Gegenstände erzeugen. 3. Betriebe, die nicht bloß vorübergehend Dampfmaschinen oder von elementarer oder tierischer Kraft bewegte Triebwerke verwenden. 4. Die Betriebe, die das Reichsversicherungsamt den Fabriken gleichstellt. Die Sozialdemokraten forderten hierzu, daß in den beiden ersten Gruppen alle derartigen Betriebe, nicht nur die gewerbsmäßigen Betriebe, zu den Fabriken gerechnet werden sollen. Für den Arbeiter ist es gleich, ob er eine gefährliche Arbeit in einem gewerbsmäßigen oder nicht gewerbsmäßigen Betriebe verrichtet und dabei verunglückt. Außerdem forderten die Sozialdemokraten, daß die Mindestarbeiterzahl für die Betriebe, die Gegenstände bearbeiten oder verarbeiten, von 10 auf 3 herabgesetzt werde. Es gibt Betriebe mit 9, 8 Arbeitern, die schon eine ganz bedeutende Tätigkeit entfalten. Hier können ziemlich viel Unfälle vorkommen, und deshalb ist es unbillig, wenn den in diesen Betrieben verunglückten Arbeitern die Unfallentschädigung nicht gewährt wird. Alle diese Anträge wurden abgelehnt.

Dagegen wurde bei der zweiten Gruppe eine Erweiterung auf Antrag der Sozialdemokraten angenommen, so daß auf dieser Gruppe auch solche Betriebe gehören, die Sprengstoffe oder explosivierende Gegenstände v e r a r b e i t e n . Auf diese Weise ist wenigstens allen denjenigen Arbeitern eine Unfallentschädigung gesichert, die bei ihrer Arbeit mit diesem gefährlichen Material zu tun haben.

Nach der Vorlage soll eine Entschädigung nur ausbezahlt werden, wenn der Arbeiter bei Unfällen in Betrieben oder Tätigkeiten, wie sie im Gesetz ausdrücklich angeführt sind, verunglückt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß unter die zu entschädigenden Unfälle auch die Unfälle aufgenommen werden, die sich auf dem notwendigen Weg nach oder von der Arbeitsstätte ereignen. Der heutige Zustand ist in der Praxis oft genug ungenügend für den geordneten Menschenverstand. Wenn ein Arbeiter sich von seiner Wohnung zur Arbeitsstätte begibt und vor dem Tore der Fabrik durch einen Unfall sich Verletzungen zuzieht, so erhält er in der Regel keine Entschädigung. Wird er aber von demselben Unfall betroffen unmittelbar nachdem er die Schwelle der Fabrik überschritten hat, so steht ihm der Anspruch auf Entschädigung zu. Demgegenüber müßte es eigentlich selbstverständlich sein, daß der Arbeiter eine Entschädigung auch für die Unfälle zu beanspruchen hat, die ihm auf dem notwendigen Wege zu seiner Arbeitsstätte passieren. Der Antrag wurde jedoch niedergestimmt.

Das Zentrum konnte nicht beistimmen, daß die Verweigerung der Entschädigung bei Unfällen auf dem Wege von und nach der Arbeitsstätte nur zu oft unbillig ist. Aus diesem Grunde beantragte das Zentrum, daß das Reichsversicherungsamt bestimmen soll, wie weit Unfälle auf dem Wege nach oder von der Betriebsstätte als Betriebsunfälle gelten sollen. Der Antrag ist an sich bedeutungslos. Denn schon jetzt hat das Reichsversicherungsamt die Pflicht, dieselbe zu bestimmen. Die Bestimmung hängt ab aber von den gesetzlichen Vorschriften über die Betriebsunfälle. Und da diese so ungünstig für die Arbeiter sind, sind auch die Bestimmungen, soweit Unfälle auf dem Wege als Betriebsunfälle gelten sollen, ungünstig für die Arbeiter. Trotzdem stimmten die Sozialdemokraten für den Antrag des Zentrums, um damit zu bekunden, daß das Reichsversicherungsamt die Bestimmungen möglichst im Interesse der Arbeiter treffen soll. Den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen aber ging selbst diese mehr als bescheidene Verringerung noch zu weit und so wurde sie abgelehnt.

Der Anspruch auf Unfallentschädigung soll 1. Arbeitern, Gehilfen, Gesellen, Lehrlingen und 2. solchen Betriebsbedienten zugehen, deren Jahresarbeitsverdienst nicht 3000 M. übersteigt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Entschädigungsanspruch auch der Betriebsunternehmern, die allein oder höchstens mit drei Arbeitern, Gehilfen, Gesellen, Lehrlingen arbeiten, einschließlic der Kolonnenarbeiter, zugesprochen werden soll. Ganz besonderer Wert ist auf die Hineinbeziehung der Kolonnenarbeiter in die Unfallversicherung zu legen. Denn nach den geltenden Bestimmungen werden nur zu oft solche Arbeiter, weil sie Kolonnenarbeiter sind, als selbständige Unternehmer behandelt, die tatsächlich ihrer wirtschaftlichen Stellung nach nur Lohnarbeiter sind. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Endlich beantragten die Sozialdemokraten, daß der Entschädigungsanspruch auf Erkrankungen ausgedehnt wird, die durch die Arbeit im Betriebe hervorgerufen oder veranlaßt worden sind. Damit würde endlich die schlimmste Lücke ausgefüllt werden, die in bezug auf die Entschädigung der Gewerbeunfallversichernden vorbanden ist. Leider lehnten die bürgerlichen Parteien sogar diesen Antrag ab.

### Der Streit in Flensburg beendet.

Bei den Beratungen der neuen Finanzreform haben es die Vertreter der Arbeiter vorausgesehen, welche ungeheure Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch das indirekte Steuersystem aufgebürdet werde und daß diese zu heftigen Kämpfen im Wirtschaftsleben führen müsse. Die Mehrheitsparteien und auch Regierungsbekämpfer versuchten dieses abzuwenden, indem sie erklärten, die Arbeiter würden durch ihre Organisationen ohne weiteres diese neuerliche Belastung auf die Arbeitgeber abwälzen können und die letzteren dem Verlangen der Arbeiter gerne Rechnung tragen. Von der Praxis scheinen diese Herren allerdings recht wenig zu kennen, sie lehnen nämlich das Gegenteil von ihrer Auffassung.

So bemühten auch die Brauereien die neue Brauereivorlage, um den Bierpreis teilweise weit über den Steuerbeitrag hinaus, die Flensburger Brauereien sogar um 5 Mk., von 20 auf 25 Mk. pro Hektoliter, zu erhöhen. Sie begründeten dieses damit, daß auch den Arbeitern höherer Lohn zu geben sei. Sobald sie aber den erhöhten Bierpreis in Sicherheit hatten, war auch das an ihre Arbeiter gemachte Versprechen aus ihrem Gedächtnis verschwunden. So außergewöhnlich hohe Bierpreise wie hier bedingen doch wiederum entsprechend hohe Arbeitslöhne, denn wo die Produktion eine verteuerte ist, trifft das gleiche für die Lebenshaltung zu. Dies wollten aber die Flensburger Brauereien nicht gelten lassen. Unter den Fittichen des Arbeitgeberverbandes lehnten sie bekanntlich jede Verbesserung für ihre Arbeiter ab, so daß, nachdem alle Versuche einer gütlichen Einigung erfolglos waren, am 4. Mai die Arbeit eingestellt wurde. Während die Brauereien sich mit Arbeitskästen, so schlecht dieselben auch sein mochten und größtenteils von der Reichshändlerfirma Auguste Müller zu Wandshöft geliefert waren, begnügten, fehlte der von den Arbeitern verlangte Hofstoft mit aller Schärfe ein. Es standen sich zwei gleichstarke Elemente gegenüber. Alle Versuche, auch der des Gewerbegerichtspräsidenten Dr. Karding, scheiterten an dem ablehnenden Standpunkt der Brauereien resp. des Arbeitgeberverbandes. Erst ein erneuter Versuch des Bürgermeisters Dr. Scharner sollte schließlich zum Erfolg begleitet sein, obwohl auch hier die Sache wiederum zu scheitern drohte. Es kam schließlich doch noch zu einer Einigung, nachdem die Brauereien folgende Zugeständnisse machten:

Eine Lohnzulage von 50 Pf. erhalten alle Arbeitnehmer, für einige Kategorien tritt eine solche von 1-2 Mk. ein. Sonntagsdaujour wird um 1 Mk., von 3 auf 4 Mk. erhöht. Einen alljährlichen Urlaub mit Lohnzahlung erhalten alle Arbeitnehmer von 2 Tagen bis zu einer Woche. Der Gastrunk wird begrenzt, das niedrigere Bier wird der Bitter mit 16 Pf. zurückergeben. Nicht schwierig gestaltete sich die Biedereinigung der noch vorhandenen Streitenden. Man einigte sich schließlich dahin, daß



Keinen Verzeichnisses wegen so lange schikaniert, bis er keinen Ausweg mehr suchte und selbst kündigte. In diesem Betrieb werden sehr viele Leberstunden gemacht, aber bezahlt werden sie nicht, sondern die müssen abgeschrieben werden. Als am 5. Oktober zwei Kollegen Leberstunden abschließen wollten und dies verweigerten, wurden sie zum Braumeister beordert, welcher ihnen sagte, daß die Arbeit jetzt alle würde und sie sich nach anderer Arbeit umsehen müssen. Diese Erkenntnis kam dem Braumeister trotz der Leberstunden und erst dann, als die Kollegen rechtlich erzwungen die Leberstunden bezahlt verlangten. Einen älteren Brauer schickte er kürzlich kühnlich ab und titulierte ihn verfluchter Hund. Solche Dinge kommen in einem Betrieb vor, wo fast alles organisiert ist. Da wird die Betriebsleitung baldigt Wandel schaffen müssen, wenn aus den Folgen solcher Handlungen der Betrieb nicht eventuell Schaden leiden soll. Mit dem Herrn Braumeister wird einmal ein Wörtchen geredet werden, damit er weiß, daß die Organisation sich ein solches Vorgehen nicht bieten läßt. Die Kollegen aber erfordern wir, auch den letzten Arbeiter des Betriebes für die Organisation zu gewinnen, um sich gegen solche Praktiken schützen und gegebenenfalls ihre Rechte ganz energisch wahren zu können.

Kundschau

Aus der Mühlenindustrie.

Zum 25jährigen Bestehen der Mülerei-Vereinsgenossenschaft. Im Jahre 1885 trat die Mülerei-Vereinsgenossenschaft in Tätigkeit. Seit dieser Zeit sind rund 70000 Unfälle bei ihr angemeldet worden, von denen 21800 entschädigungspflichtig waren. In Unfallschadensfällen wurden rund 25 Millionen Mark an und 29000 Rentenempfänger gewährt, ärztliche Gutachten rund 725000 abgegeben. Gewaltige Zahlen und Summen, wie winzige Bruchteile kommen aber auf den einzelnen Verletzten.

Diabende.

Die Böllberger Mühlenwerke schütten heuer 4 Proz. Diabende aus gegen 12 Proz. im Vorjahr. Als Ursache des Rückganges gibt die Verwaltung schleppenden Abfah und Wassermangel an.

Verschiedenes.

Academische Unterrichtssturze für Arbeiter in Berlin und Umgegend.

In den deutschen Universitäten ist in den letzten Jahren eine Bewegung entstanden, die auch für die Arbeiterchaft unmittelbares Interesse hat. Ein vorerst zwar nur kleiner Teil der Studenten, erfüllt von dem ehrlichen Streben, die unheilvolle Entfremdung der Akademiker von der arbeitenden Bevölkerung entgegenzutreten, hat angefangen, sich auf seine Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit zu besinnen. 'Academische Unterrichtssturze für Arbeiter', so heißen die jungen Organisationen, die jetzt in fast allen Hochschulstädten bestehen. Ihr Ziel ist Erteilung von Elementarunterricht besonders an Ältere, der Fortbildungsschule entwichene Arbeiter und Arbeiterinnen durch Studenten und Studentinnen. Deutsch, Rechnen, Schreiben, Stenographie, Geometrie, Erdkunde, zum Teil in mehreren Stufen geteilt, bilden die Unterrichtsgegenstände. Jeder Kursus dauert ein Semester bei einmaligem Unterricht wöchentlich abends von 8-10 Uhr. Der Beitrag für das Halbjahr beträgt 0,50-1 Mk. und dient nur zur Deckung der Verwaltungskosten, da die unterrichtenden Studenten keine Entschädigung erhalten. Die Verwaltung wird von Studenten und Vertrauensleuten der Arbeiter gemeinsam geleitet. Politisch wie religiös stehen die Kurse auf dem Boden absoluter Neutralität.

Zu Oktober und November beginnt das neue Unterrichtshalbjahr. Anmeldebeobachtung: Für alle Kurse 18.-22. Oktober, 8-10 Uhr abends in der Kammer des Zentralarbeitsnachweises, Mühlentstraße 9; außerdem für Rixdorf am 15. und 17. Oktober, 8-10 Uhr abends und am Sonntag, den 16. Oktober von 10 bis 12 Uhr mittags im Schullokal, Kaiser Friedrichstraße 208/210, am Hermannplatz. Programme sind in dem Bureau der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend, Engelauer 14/15, Zimmer 23 und in den Bureaus der Gewerkschaften zu haben.

Eine mißlungene Streifbroschermittelung.

Dieser Tage kamen zwei Reiterkavaliere in die Brauerei Schärpenfeld, Bochum, um nach Arbeit zu fragen. Herr Braumeister Wagner zeigte sich überaus gefällig, ja, er ging schon ins Liebenswürdige über und bestellte die beiden Leute gleich für den anderen Tag wieder zu sich, um - wie ins Streifgebiet nach Elberfeld-Barmen zu spezieren. Zugleich ergieß er die Struppe, um nach Elberfeld zu telefonieren und mit gehobener Stimme zu verkünden, daß 'morgen früh' eine Sendung Streifbroscher ankomme. Zugewinkelt hatten die Kollegen aber Wind bekommen, daß Wagner sie nur für so niedrige Zwecke gebrauchen wolle, und sie ließen ihn auf dem Treppenhilfen und her genötigt sein vor Ungeduld, daß die beiden rüchlichen Elemente so lange auf sich

warten ließen. Herr Wagner hat hoffentlich eingesehen, daß das Ehrgefühl bei den Arbeitern noch nicht auf dem Hund ist. - Nach dem 1. Oktober will Wagner die Löhne selbst machen.

Ausland.

Der Streik der Mühlenarbeiter in Budapest ist nach fünfwöchentlicher Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Die Budapest 'Vollstimme' schreibt hierzu: 'Mit geballten Fäusten, mit Ingrimim im Herzen gingen sie an die Arbeit. Es galt eine Forderung durchzubringen, die schon überall längst auf gezieltem Wege geregelt ist. Die Sonntagsruhe galt es zu erzwingen, aber die Lebermacht des Kapitals, das sich diesen Streik, um ihn zu gewinnen, über 2 1/2 Millionen Kronen Kosten lieh, hat geiegt. Die Mühlenarbeiter gehen mit geballten Fäusten in die Arbeit, aber es sticht ihren Mut, es stachelt ihre Ausdauer die unerschütterliche Ueberzeugung, daß sie die Sonntagsruhe über kurz oder lang erzwingen werden.'

Die Budapest Mühlenbarone brachten Streifbroschergefeindel aus aller Herren Länder zusammen, deshalb ging der Streik verloren. 463 Kollegen liegen als Gemahrgelgte auf dem Pflaster. Und doch ist der Sieg der Mühlenbarone nur ein Augenblickserfolg, denn die Einführung der vollen Sonntagsruhe läßt sich nicht aufhalten.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schätzerstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amr VII, 275.

Diese Woche ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Abrechnungen für das 3. Quartal 1910. Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß die Abrechnung für das 3. Quartal 1910 spätestens den 20. Oktober 1910 fertigzustellen und an den Hauptvorstand einzusenden ist.

- Mit der Abrechnung muß außerdem noch eingekandt werden: 1. Das überflüssige Geld. 2. Alle Quittungen und Belege für gemachte Auslagen, die bei der Abrechnung vom dritten Quartal mit berechnet sind. 3. Aufnahmescheine. 4. Revisionsbericht. 5. Nachweisung über im dritten Quartal 1910 verklebte Erwerbsslofenmarken.

Der Hauptvorstand.

Einsendung der Mitgliedsbücher beim Eintritt zum Militär. Die Mitgliedsbücher der zum Militär eingerückten Kollegen sind an den Vorstand zur Aufbewahrung einzusenden. Die Zahlstellenverwaltungen, denen solche Mitgliedsbücher übergeben sind, wollen dieses beachten.

Austrangierte Zahlstellenstempel.

Die Zahlstellenverträge werden erjudet, die außer Kurs gefahren oder sonst unbrauchbaren Stempel bei Gelegenheit an den Hauptvorstand einzusenden.

Geschäftsführer für Mannheim-Ludwigshafen.

Die Bewerbungen für die Stelle des Geschäftsführers in Mannheim-Ludwigshafen, die in voriger Nummer ausgeschrieben war, müssen bis zum 18. Oktober an Kollegen A. Wühlbauer, Ludwigshafen, Mundenheimer Straße Nr. 246 IV, eingereicht sein.

Mfreh Bierfel.

Mühlenarbeiter, möge seine Adresse an Liebelt melden, damit ihm sein Buch zugestellt werden kann.

Eingänge der Hauptkasse

vom 3. bis 9. Oktober.

Für Beiträge: Lübeck 745,25, Nieja 99,58, Kaffa 82,24. Vom Mülereiarbeiterverband übernommen (ausschließlich der Abrechnung für 3. Quartal 1910, welche erst später erfolgen kann) 62.652,10. Hungen 1.-, Berlin 8,10, Berlin 25.-, Wolf 8,06. Danzig (Bezirk) 15.-, Köhling 0,50, Eilenburg 89,96, Brandenburg 131,70, Gera 329,26, Dresden 2637,30, Lübz 12,59, Waldsitz 66,77, Eichwege 147,20, Sonneberg 5,20, Heilbronn 619,73, Kattowiß 91,20, Rünchen (Rechtschutz) 13,53, Marne 2,60, Braunschweig 694,07, Lindau 245,39, Doberan 60,46, Zehoe 111,70, Hadeberg 431,59, Frankfurt a. M. 3943,49, Raffel 1484,61, Regensburg 729,84, Plauen i. V. 275,73, Saarbrücken 192,60, Altenburg 476,20, Ulterzen 86,44, Salzweid 145,45, Einbeck 154,41, Hamburg (Reiß der Gaukaffe des Mülereiarbeiter-Verbandes) 16,57. Für Inserate: Bochum 2,10, Zwidau 2,10, Berlin 2,10, Köln 2,20, Frankfurt a. M. 2,10, Radolfzell 2,10, Schüren 2,10, Etlingen 2,70, Berlin 2,10, Altenburg 2,10. Für Abonnements: Postabonnenten pro 3. Quartal 322,40, Winterthur 12,60, Bejel 15,20.

Für Protokolle: Lübeck 30.-, Traunstein 3,75, Erlangen 6.-, Brandenburg 0,75, Girschberg 1,80, Lindau 0,75, Dobran 0,75, Altenburg 15.-, Einbeck 0,60.

Für Notizkalender: Girschberg 2.-, Kattowiß 3.-, Braunschweig 30.-.

Für Prospektoren: Braunschweig 1,50. Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingesandt: Jürth, Pöfen, Sonneberg, Gannover, Oldenburg, Nieja, Gera, Eilenburg, Brandenburg, Kaffa, Lindau, Kattowiß, Zehoe, Doberan, Dresden, Lübeck, Braunschweig, Salzweid, Plauen, Altenburg, Lübz, Ueterzen, Nürnberg und Raffel.

Materialversand.

Neuhabensleben 100 Markten a 30 Pf., Weizen 100 Markten a 30 Pf., Drantenburg 20 Mitgliedsbücher und 400 Markten a 30 Pf., Bitten 20 Mitgliedsbücher und 600 Markten a 50 Pf., Nieja 2000 Markten a 50 Pf. und 100 Markten a 30 Pf., Rudolstadt 600 Markten a 50 Pf., Burg 800 Markten a 50 Pf., Jürth 3600 Markten a 50 Pf. und 200 Markten a 30 Pf., Mannheim 10 400 Markten a 50 Pf., Bochum 2000 Markten a 50 Pf., Kottbus 1200 Markten a 50 Pf., Saulgau 800 Markten a 50 Pf., Koburg 1600 Markten a 50 Pf. und 400 Markten a 30 Pf., Gagen 50 Mitgliedsbücher, 2400 Markten a 50 Pf. und 100 Markten a 30 Pf., Erlangen 3200 Markten a 50 Pf., Worms 100 Mitgliedsbücher, 4000 Markten a 50 Pf. und 200 Markten a 30 Pf., Altenburg 4000 Markten a 50 Pf. und 200 Markten a 30 Pf., Chemnitz 6000 Markten a 50 Pf. und 200 Markten a 30 Pf., Erfurt 150 Mitgliedsbücher, Celle 1600 Markten a 50 Pf., Neubrandenburg 1200 Markten a 50 Pf. und 200 Markten a 30 Pf., Hamburg 50 000 Markten a 50 Pf., Lübeck 4000 Markten a 50 Pf., Kaufbeuren 70 Mitgliedsbücher, 800 Markten a 50 Pf., 200 Markten a 30 Pf., Memmingen 30 Mitgliedsbücher 600 Markten a 50 Pf. und 200 Markten a 30 Pf., Neustadt (Oria) 600 Markten a 50 Pf. und 200 Markten a 30 Pf., Eibing 800 Markten a 30 Pf., Elmshorn 2000 Markten a 50 Pf., Einbeck 20 Mitgliedsbücher, 1200 Markten a 50 Pf. und 400 Markten a 30 Pf., Dresden 45 000 Markten a 50 Pf. und 5000 Markten a 30 Pf., Gurburg 4000 Markten a 50 Pf., Bayreuth 2000 Markten a 50 Pf., Schwabach 4000 Markten a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Bezirk XI (Straßburg i. El.). Bezirksleiter B. Garzenketter, Straßburg-Proneburg, Ringgasse 1. Arnstadt, Vorsitzender G. Krause, Eichfeldweg 6. Kassierer A. Thomas, Bärvinkelstraße. Borna, Vorsitzender Th. Schmidt, Pegauer Straße 20 pt. Kassierer G. Zoll, Pegauer Straße 20 II. Dessau, Vorsitzender Zimmermann, Taubenstraße 68a II. Döbeln, Vorsitzender G. Uthig, Feldstraße 9. Kassierer J. Wujch, Sörniz, Döbelner Straße 22. Freiburg i. Schl., Vorsitzender M. Reiberg, Polenski bei Freiburg, Nr. 116, Kassierer K. Ruppelt, Freiburg, Gartenstraße 16. Jürth, Kassierer ist J. Herbst, Schmalbacher Straße 99; Unterstützungsauszahlung von 5-6 1/2 Uhr. Geislingen, Vorsitzende: E. Pfender, Bismarckstraße 126. Kassierer R. Rapp, Adlerstraße 30. Inpöfstadt, Kassierer L. Bierlinger, Gymnasiumstraße 25. Kaufbeuren, Vorsitzender A. Lambert, Kempterstraße. Kassierer J. Egg, Rosental 58. Landsbut, Kassierer Weisenberger. Neuhabensleben, Unterstützungsauszahlung Sonnabends von 6-8 Uhr beim Kassierer G. Koppehl, Steinstr. 9, I. Sonneberg, Vorsitzender G. Schülein, Linderhof, Dorfselbst wird Lokalunterstützung ausbezahlt. Speyer, Kassierer J. Kögel, Kämmererstraße 27a. Uelzen, Vorsitzender B. Schönebeck, Lüneburger Straße 51.

Vertsammlungsanzeigen.

Sonnabend, den 15. Oktober. Burg, 8 Uhr Untermhagen 68, Cöhleng, 8 Uhr Gewerkschaftshaus, Deggendorf und Umgegend, Vormittags 10 Uhr bei Antuber, 'zum Klosterstuhl', Efenand, 8 1/2 Uhr Gasthaus zum goldenen Engel, Frankenthal, 8 Uhr bei Schaff, Wallonenstraße, Fürstenwalde, 8 Uhr Restaurant Thomas, Windmühlenstraße, Jürth, 8 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus, Schmolln-Könneburg, 8 1/2 Uhr Hotel schwarzer Bär, Weimar, 8 1/2 Uhr Volkshaus. Sonntag, den 16. Oktober. Berlin, Vormittags 10 Uhr Gewerkschaftshaus, großer Saal, Generalversammlung, Café, 3 Uhr Gewerkschaftshaus, Gera, 3 Uhr bei Michel, Greizergasse 16, Heidemühle, 5 Uhr bei Schütt, Jena, 3 Uhr Gewerkschaftshaus, Neuhabensleben, 4 Uhr bei Herzog, Nieja, Blümls Restaurant, Stadt, 2 Uhr Bellevue, Stettin, 3 Uhr bei Gramatke in Grabow, Schützenhaus, Wiesbaden, 3 Uhr Gewerkschaftshaus. Zeugen gesucht. Die Kollegen, welche 1908 in Remben waren, als in der Stifsbrauerei der Kollege Köhler erstickt wurde und diesen Fall noch wissen, wollen ihre Adresse umgehend an Rechtsanwalt Duntelsbühler, München, Dienerstr. 10 II, und an Kollegen Schrembs, Regensburg, Stadtplatz D. 75/4 einenden, da schon am 19. Oktober Termin stattfindet. Unserem Kollegen Clemens Gulich nebst seiner lieben Frau Marie Schmidt bringen wir zu der am 15. Oktober stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen der Brauerei Felschbühnen, Dresden. Unserem Kollegen Mathias Wirsching und seiner lieben Frau Anna Portun zu Vermählung nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen der Heinrichs Brauerei, Amsterdum. Unserem treuen Kollegen Böttcher Bruno Antelmann nebst seiner lieben Frau zu Vermählung am 15. Oktober die besten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Gölitz. Hannover. Halte allen Kollegen mein Respekt, der Reuzei entsprechend eingerichtet, bestens empfohlen. Hans Graf, Schußtr. 6. Inserate werden nur nach vorheriger Bezahlung aufgenommen. Für Mitglieder kostet ein einfacher Glödwunsch 2,10 Mk., über 7 Zeilen pro Zeile 30 Pfennig mehr.

Advertisement for 'Gesellschaftsbrauerei Kragburg' featuring beer products and contact information for various locations like Radeberg, Chemnitz, and Leipzig.

Advertisement for 'Rheumatismus und Blutreinigung' (Rheumatism and Blood Purification) by Fritz Hammsfahr, featuring a 'Frisch Hammsfahr' logo and detailed text about medical treatments.

Advertisement for 'Brauer-Schuhwaren' (Brewer's Footwear) featuring images of shoes and text describing the quality and variety of footwear available.

Advertisement for 'Wasserdichte Holzschuhe' (Waterproof Wooden Shoes) featuring images of shoes and text highlighting their durability and weather resistance.

Advertisement for 'Inserate' (Advertisements) providing information about the rates and conditions for placing ads in the publication.